



Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 17. März 2015

Vorlagen-Nr. 14-F-08-0053

**Sachstand Informationsfreiheitssatzung
- Antrag von Linke&Piraten vom 17.09.2014 -**

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.3.2012 wurde unser Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung den Stadtverordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden als Beschlussvorschlag vorgestellt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte daraufhin einstimmig beschlossen: „Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration eine Anhörung zum Thema ‚Informationsfreiheitssatzung‘ durchzuführen.“ (Beschluss Nr. 0154)

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Zwischenbericht abzugeben.

Beschluss Nr. 0017

1. Der Bericht des Dezernates II vom 28. Januar 2015 wird zur Kenntnis genommen.
2. Im Hinblick auf die zu erwartende Gesetzesinitiative auf Landesebene und die Erfahrungen der Stadt Frankfurt wird die Anhörung bis zum Ablauf der Legislaturperiode der Landesregierung zurückgestellt.

(Ziffer 1 antragsgemäß Magistrat 24.02.2015 BP 0110;
Ziffer 2 hinzugefügt durch den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vom 17.03.2015)

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2015

Apel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2015

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2015

Dezernate I und II/30
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister